

Interpellation Fraktion SVP (Niklaus Mürner, Alexander Feuz, SVP): Wirtschaftsunterstützung während Corona-Zeiten für heimische Gewerbetreibende, insbesondere Selbständigerwerbende, die durch die Maschen des Bundes und Kantons fallen. Konkreter Projektverzicht.

Das Ratsbüro lehnte die umfangreiche Interpellation trotz der nach Auffassung der Interpellanten bestehenden Einheit der Materie mit der nahezu gleichlautenden Interpellation vom 23. April 2020 ab. Daher erfolgt die Einreichung zweier separater Interpellationen.

Der Bundesrat stellt ein historisches finanzielles Hilfspaket für Unternehmen und vereinzelt Selbständigerwerbende zur Verfügung, um die Folgen des durch das Coronavirus (Covid 19 oder dergleichen, nachfolgend Corona) Hilfspaketen fallen stets gewisse Tatbestände durch die Maschen. Nicht alle Branchen haben eine solch starke Lobby wie die Kultur-, Unterhaltungs- und Medienbranche. Viele Branchen sind fürs tägliche Wohl wesentlicher und tragender, medial aber nicht vertreten und weniger aufbrausend.

Viel mehr ist relevanteren Branchen wie beispielsweise selbständig erwerbenden Physiotherapeuten, Malern, Übersetzern, Taxifahren aber auch Zahnärzten, Anwälten, Raumpfleger, Coiffeure, Lieferanten oder anderen Zulieferern die gebührende Unterstützung zu gewähren. Es darf nicht sein, dass den Lauten mit Organisationen und Politikern bestens vernetzten Gruppen geholfen wird und den Stillen, im Hintergrund tätigen zentralen Dienstleister, Zulieferer oder sonst emsig Arbeitenden die behördliche städtische Hilfe weitgehend verwehrt wird.

Bei diesen Gewerbetreibenden und deren Familien handelt es sich oft Klein- und Kleinstbetriebe. Diese sind von den Folgen besonders betroffen und dem Schicksal als selbständig Erwerbende besonders ausgesetzt. Viele dieser Unternehmen sind gute und treue Steuerzahler in der Stadt Bern und halten letztlich den Gemeinbetrieb am Leben. Diese Gewerbetreibenden stemmen einen Grossteil der Steuerlast der Stadt Bern und sind die Steuerzahler von Morgen. Insbesondere in der aktuellen Finanzlage der Stadt Bern und der gescheiterten Budgetierung ist dieser Hinweis mehr als angebracht. Wird heute nicht geholfen, fehlen die Steuereinnahmen von Morgen!

Die aktuelle Krisenbewältigung der Stadt Bern enttäuscht. Wegschauen und Beschönigen sind untaugliche Mittel und offenbaren lediglich Unfähigkeit. Es wäre befremdlich, wenn die wohl linkste und grünste regierte Stadt in der Schweiz viele betroffene Gewerbetreibenden und deren Familien sich selbst überlassen würde.

Die Stadt Thun unter einem bürgerlichen Stadtpräsidenten war hier bereits richtungsweisend und fortschrittlich. Sie setzt sich zum Schutz und Unterstützung der heimischen Wirtschaft ein, die zur Lebensqualität einer Stadt wesentlich beiträgt. Dieses Thuner Vorbild sollte auch für die Stadt Bern Anlass zum Handeln sein. Die Motionäre lassen das Gewerbe als Stütze des Gemeinwesens nicht fallen. Weiterhin nichts tun ist selbstvernichtend.

Es ist nun an der Stadt Bern den Fokus umgehend aufs Wesentliche in der Coronakrise zu legen und ein Krisenmanagement auf die Beine zu stellen, das den Namen verdient. Zur Finanzierung sind die Prioritäten neu auf den Schutz und Unterstützung der heimischen Wirtschaft d.h. Unternehmen, selbständig Erwerbende und deren Familien – den Steuerzahlern von morgen – zu setzen, die durch die Maschen des Hilfspakets des Bundes und Kantons fallen. Die jahrelange blinde und erodierende Finanzpolitik von RGM rächt sich nun, da Rückstellungen für Krisenzeiten komplett fehlen. Auch wurden keine Priorisierungen vorgenommen. Die Unterstützung der Bevölkerung für die Bewältigung der aktuellen Coronakrise wurde somit nicht ansatzweise einbezogen, im Gegensatz zu medial wirksamen Luxusprojekten. Luxusprojekte sind nun hintenanzustellen.

Der Unterstützungsfonds der heimischen Wirtschaft könnte sich aus Budgets von aktuellen Luxus- und Prestigeprojekten gestalten wie zum Beispiel die Sanierung des Helvetiaplatzes, den Bau der Velobrücke oder die Finanzierung von unrentablen Immobilienerwerben.

Kein gewerbetreibender Steuerzahler wird je verstehen, weshalb er solche überdimensionierten Luxusprojekte (eine halbe Million pro Baum beim Helvetiaplatz) finanziert, während er und seine Familie im Regen stehen gelassen werden sowie seine Existenz tatenlos geopfert wird.

In Bezug auf die heimischen Gewerbetreibenden stellen sich den Interpellanten die folgenden Fragen, um deren Beantwortung der Gemeinderat höflich ersucht wird:

1. Ist der Gemeinderat gewillt, Luxus- und Prestigeprojekte zu Gunsten der heimischen Wirtschaft und deren Familien hintenanzustellen?

1.1. Wenn ja, welche Projekte?

1.2. Wenn nein, wieso nicht?

1.3. Wie wird das Beibehalten von Luxus- und Prestigeprojekten den heimischen Gewerbetreibenden begründet?

1.4. Wie wird das Projekt Velobrücke oder Helvetiaplatz gegenüber heimischen Gewerbetreibenden in der Coronazeit begründet?

1.5. Weshalb wird das Budget der Velobrücke nicht für die heimischen Gewerbetreibenden eingesetzt?

1.6. Weshalb wird das Budget der Umgestaltung des Helvetiaplatzes nicht für die heimischen Gewerbetreibenden eingesetzt?

Begründung der Dringlichkeit

Sofern der Vorstoss nicht dringlich erklärt werden sollte, besteht die Gefahr, dass sie nicht mehr umgesetzt werden kann und die heimische Wirtschaft diverse Konkurse anmelden muss und Existenzen zerstört sind.

Die Dringlichkeit wird vom Büro des Stadtrats abgelehnt.

Bern, 07. Mai 2020

Erstunterzeichnende: Niklaus Mürner, Alexander Feuz

Mitunterzeichnende: Hans Ulrich Gränicher, Thomas Glauser, Kurt Rügsegger, Janosch Weyermann, Ueli Jaisli